

Bezugspreis:

Für den Monat Dezember 750 M.
...
Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 22. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postcheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direction
der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:
Die einpolige Nonpareil-Zeile
kostet 250 M. ...
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Selbst
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Richtlinien zur Wucherbekämpfung.

Das Reichswirtschaftsministerium gibt im Verein mit dem Reichsjustizministerium auf Grund der Verordnung gegen Preistreiberi Richtlinien über die Feststellung des angemessenen Preises heraus. Die Richtlinien haben für sämtliche Landesregierungen Geltung und sollen eine einheitliche Rechtsauffassung im Kampf gegen die Preistreiber herbeiführen. Nach dem vom Reichswirtschaftsministerium aufgestellten Grundsätzen darf der Verkäufer jeden Preis fordern, der den Höchstpreis oder behördlich festgesetzten Preis nicht übersteigt, doch gelten diese Preise nur innerhalb ihres sachlichen, persönlichen, zeitlichen oder örtlichen Geltungsbereichs. Bei einer preisausgleichenden Konkurrenz und dem Fehlen einer absoluten Überlegenheit des Verkäufers über den Käufer kann von einem behördlichen Eingriff in die Preisberechnung abgesehen werden, ebenso bei Verbandspreisen. Versteht der Preis dagegen nicht auf den tatsächlichen Durchschnittskosten der Verbandsmitglieder, so ist er vielmehr den ungünstig arbeitenden Betrieben an, um diese durchzuschleppen, handelt es sich also um den Ausschlag oder Ausnutzung einer Monopolgewalt, dann wird eine amtliche Nachprüfung der Angemessenheit des Preises erforderlich.

Besonders eingehend befaßt sich die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums mit der Berechtigung des Verkäufers, die Geldentwertung in die Preiskalkulation einzubeziehen. Sie gesteht dem Verkäufer ausdrücklich das Recht zu, einen angemessenen Wiederbeschaffungspreis als Faktor in die Kalkulation einzuführen, umreißt aber scharf, was unter einem angemessenen Wiederbeschaffungspreis zu verstehen ist. „Bei dem Unternehmerlohn und dem Unternehmergewinn“, heißt es da u. a., „wird man in Übereinstimmung mit dem vom Reichsgericht im Urteil vom 7. Juli 1921 aufgestellten berechtigten Grundsatz, daß auch der Erzeuger und Händler an den Opfern der Gesamtheit teilzunehmen habe, die Geldentwertung nur in gleichem Maße berücksichtigen können, wie sie in dem Einkommen anderer Volksteile jeweils Berücksichtigung findet.“ Von diesem Grundsatz merkt man selber in der Deffektivität noch viel zu wenig.

Für die amtlichen Preisberechnungen wird die allmonatlich vom Statistischen Reichsamt veröffentlichte Indeziffer der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten als maßgebend bezeichnet. Ohne Frage ist die Berechnung der Preise und die Feststellung der jeweiligen Kaufkraft der Mark auf dem Binnenmarkt unter den heutigen Umständen aufs äußerste erschwert und es wäre zu begrüßen, wenn die Berechnung wenigstens auf einheitlichen Grundloggen hin erfolgte. Es ist auch berechtigt, wenn die Denkschrift vorschlägt, vor jeder Anklageerhebung in einem möglichst frühen Abschnitt des Verfahrens Sachverständige zu hören, die von der zuständigen Handelsvertretung vorgeschlagen sind. Bedenklich ist es hingegen, wenn auf Grund der Denkschrift die Strafverfolgungsbehörden angewiesen werden, dahin zu wirken, daß die Wuchergerichte von der ihnen zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel übertragenen Befugnis, von sich aus im Urteil oder vorläufig durch Beschluß einem Handelsvertreter den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs zu untersagen, nur in solchen Fällen Gebrauch machen, in denen die einschneidende Maßnahme der Handelsunterbrechung zweifellos gerechtfertigt ist, und daß in allen zweifelhaften Fällen vor der Entscheidung über die Handelsunterbrechung ein Gutachten von der amtlichen Vertretung der beteiligten Wirtschaftskreise benannter Sachverständiger gehört wird. So sehr Fehlurteile auch vermieden werden müssen, so wenig könnte es doch im Interesse einer energischen Wucherbekämpfung sein, wenn an Stelle einer tatkräftigen Initiative ein verschleppender Instanzenweg träte, der vor Bedenkllichkeiten nicht vom Fick kommt.

Die Verhandlungen mit der Industrie.

Wie die „D.M.“ aus Industriekreisen erfährt, haben die Verhandlungen der verschiedenen Gruppen mit der Reichsregierung noch keine vollständige Einigung ergeben. Nach wie vor stehen die Vertreter der verarbeitenden Industrie und der Fertigwaren, insbesondere der Textil- und Maschinenindustrie, auf dem Standpunkt, daß die Industrie an einer Aktion zur Stabilisierung der Mark und zur Lösung des Reparationsproblems mitarbeiten kann, auch wenn diese Lösung nicht endgültig ist; während die Schwerindustrie noch immer erklärt, daß für sie nur eine endgültige Lösung des Reparationsproblems in Frage komme, und daß nur in diesem Falle eine Garantie der Industrie in Betracht kommen könne. Die Beratungen gehen noch weiter, und die Regierung wird versuchen, in den nächsten Tagen einen Vorschlag auszuarbeiten, der eine Mitarbeit der Industrie vorsieht, ohne daß jedoch darin schon bestimmte Zahlen genannt werden.

London, 22. Dezember. (OE.) Die seit gestern in der Presse und auch in Finanzkreisen aufgetauchten Gerüchte von Verhandlungen, die von deutscher Industriellen und deutschen amtlichen Stellen in Amerika geführt worden seien, werden jetzt durch folgende Reuters-Nachricht aus Washington ergänzt: Man erfährt, daß in Paris Besprechungen zwischen Poincaré und gewissen deutschen Industriellen wegen Einsetzung einer amerikanischen Untersuchungskommission im

Fortschreiten begriffen seien. Die Besprechungen, die vor einigen Wochen als ein Gedankenaustausch zwischen deutschen Industriellen und der amerikanischen Handelskammer als Vertreterin der amerikanischen Industrie begannen, haben einen durchaus inoffiziellen und informatorischen Charakter.

Reparationen und Schuldenfrage.

London, 22. Dezember. (W.B.) In einem Beitrag über die bevorstehende Reise des Schatzkanzlers Baldwin nach Washington zu Verhandlungen über die Bedingungen der Forderung der britischen Schuld an Amerika schreibt „Times“, Bonar Law habe wohl vor kurzem im Unterhaus erklärt, daß die britische Regierung willens sei, ihre europäischen Schuldner mit ausnahmsweise großer Weitherzigkeit zu behandeln, vorausgesetzt, daß eine völlige Regelung der Reparationen und der interalliierten Schulden vereinbart werde. In einer solchen Regelung würde jedoch kein Raum für „produktive Garantien“ oder andere Pläne sein, die nur die Reparationsfrage ändern würden, ohne sie zu regeln.

Die amerikanische Initiative.

London, 22. Dezember. (W.B.) Reuters erfährt aus New York: Der Präsident der Handelskammern der Vereinigten Staaten, Barnes, hat eine Erklärung abgegeben, in der er sich durchaus günstig über den Vorschlag einer Untersuchung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands auf Grund amerikanischer Initiative ausspricht. Seine Organisation werde jede Aktion unterstützen, die die amerikanische Regierung zu unternehmen bereit sein würde. Es sei klar, daß die Vereinigten Staaten jeden möglichen Weg untersuchen werden, und er hoffe, daß gute Fortschritte auf dem Wege zu einer Einseitigkeit in Übereinstimmung mit Frankreich und den anderen Alliierten erzielt werden würden. Die Aktion der amerikanischen Regierung sei sicherlich nicht auf eine deutsche Anregung zurückzuführen, sondern zweifellos von der Überzeugung eingeleitet, daß der Weltkrieg und die Wiederherstellung der alliierten Länder in hohem Maße durch eine Regelung der Reparationsfrage erleichtert werden würden.

Vorschlag für eine Weltwirtschaftskonferenz.

London, 22. Dezember. (W.B.) Reuters erfährt aus Washington: Der Führer der Gruppe der „Unversöhnlichen“, Borah, brachte im Senat vor Marinekreditvorlage einen Abänderungsantrag ein, in dem Präsident Harding aufgefordert wird, eine Konferenz der Weltmächte einzuberufen, um die wirtschaftlichen Zustände zu erwägen und um eine Verminderung der Rüstungen, zu Wasser und zu Lande herbeizuführen. Der Antrag stellt dem Präsidenten anheim, die Mächte zu bezeichnen, die zu der Konferenz eingeladen werden sollen. Borah sagte, neben seinen anderen wohlwärtigen Ergebnissen werde der Antrag vielleicht dazu führen, über den toten Punkt bei der Behandlung der Reparationsfrage hinwegzuheben.

Der englisch-russische Gegensatz.

London, 22. Dezember. (W.B.) Tschitscherin erklärte auf eine Frage des Berichterstatters der „Daily News“ in Lausanne, ob er den Lausanner Vertrag unterzeichnen werde: Natürlich nicht. Er sagte, die Art, wie die Verhandlungen der Konferenz geführt worden seien, sei eine Unfreundlichkeit gegenüber Rußland. Die aggressive Haltung der Alliierten gegenüber Rußland sei während der ganzen Zeit beibehalten worden. Solange man auf dem System bestehe, welches die britische Regierung in diesem Vertrag zu errichten suche, sehe er keine Möglichkeit zu irgendeiner ernstlichen Annäherung zwischen den beiden Ländern. Zum Schluß gab Tschitscherin der Forderung nach Anerkennung der bolschewistischen Regierung Ausdruck.

In einem Beitrag schreibt „Daily News“, es spreche vieles für die de jure-Anerkennung der Sowjetregierung, aber die in Genua und im Haag von den Alliierten gestellten vernünftigen Bedingungen lehne Rußland immer noch ab.

Dollar 6700.

Das Geschäft am Devisenmarkt war heute außerordentlich geripig. Der Dollar wurde gegen Mittag etwa mit 6700 gehandelt. An der Effektenbörse setzte unter dem Einfluß großer Geldfülle eine lebhaft ansteigende Bewegung der Kurse ein. Man rechnet in Kreisen der Spekulation mit einer lebhaften Hausse zu Beginn des neuen Jahres. Das inländische Publikum beginnt ebenfalls nach dem Weihnachtsfest sich mit Effekten einzudecken. Man leuchtet auch wieder ausländische Käufe. Besonders gesucht waren heute die Aktien der Internationalen Petroleum-Union, da verläutet, daß die Diskontogesellschaft eine Verbindung ihrer Erdölinteressen mit denjenigen der amerikanischen Standard-Oil-Company anstrebt.

Abgelehnte Demission des polnischen Kabinetts. Nachdem der neue Staatspräsident Wojcicki sein Amt angetreten hatte, unterbreitete Ministerpräsident Sikorski die Demission des gesamten Kabinetts. Der Staatspräsident hat dieser jedoch keine Zustimmung erteilt.

Das Gewerkschafts-Streikgesetz.

Seit drei Jahrzehnten führen die deutschen Gewerkschaften systematische Kämpfe um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dabei sind in den Kinderjahren der Gewerkschaften so manche Fehler gemacht worden, besonders in all den Fällen, in denen das Gefühl keine ruhige Überlegung aufkommen ließ. Aus all den großen und kleinen Fehlern der einzelnen Verbände aber haben die Gewerkschaften allesamt gelernt. Die Lehren waren so eindringlich, das Lehrgeld mußte mit so teuren Opfern bezahlt werden, daß die Erfahrungen beachtet werden mußten. Sind Lohnbewegungen auch keine einfachen Rechenempfehlungen, so erfordern sie doch ein richtiges Augenmaß für die Dinge und eine erprobte Taktik. Der Gewerkschaftskampf ist nur Mittel zum Zweck und darf nicht Selbstzweck werden. Auch hier gilt die Regel, mit möglichst geringem Kraftaufwand den möglichst größten Erfolg zu erzielen. Dabei ist unerlässliche Vorbedingung der feste Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen der einzelnen Berufs- und Industriezweige, ihre gewerkschaftliche Schulung, auf Erkenntnis gegründete Disziplin und Solidarität, das felsenfeste Vertrauen zu ihrer Sache und zu ihrer Gewerkschaftsleitung.

In der Vorkriegszeit konnte die gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder im hohen Grade als erfüllt gelten. Allein die Zahl der Organisierten war noch zu gering, als daß die Gewerkschaften sich auf jeden Fall durchsetzen konnten. Nach dem Kriege trat die gegenteilige Situation ein. So notwendig und erfreulich der starke Zustrom zu den Gewerkschaften war, brachte er sie doch in eine überaus schwierige Situation. Die Gewerkschaften waren gezwungen, an allen Ecken und Enden den Kampf aufzunehmen mit Mitgliederzahlen, die größtenteils vollkommen ungeschult waren, doch nach den unsäglichen Kriegsunfällen ihre lang verhaltenen Wünsche mit einem Schlage zur Geltung bringen wollten. Die Zersplitterung der Arbeiterbewegung in drei Parteien führte dazu, sich über das Erreichbare großen Illusionen hinzugeben, denen die Enttäuschung folgen mußte. Viele der neuen Mitglieder suchten den Mangel an Kenntnis und Erfahrung durch größere Forderungen auszugleichen. Die Gewerkschaftsführer mußten meist Wasser in den gärenden Wein gießen und wurden dafür, häufig unter dem Beifall der Masse, als schlappe Trottel und Arbeiterverräter hingestellt und so jeglichen Vertrauens beraubt. Die Demagogie feierte Triumphe und die wilden Streiks waren an der Tagesordnung. Erst nachdem eine gewisse Ernüchterung durch Mißerfolge eingetreten war, konnten die Spitzenverbände versuchen, die Dinge zu meistern, die Lohnbewegungen wieder in ein richtiges Fahrwasser zu bringen. Besonders auch die Frage der Berrichtung von Notstandsarbeiten, die Verdrängung der Technischen Nothilfe bei gewerkschaftlichen Streiks, machte eine generelle Regelung der Lohnbewegungen notwendig, wie sie jetzt in den Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben vorliegen. Der Leipziger Gewerkschaftskongress hatte sich nicht entschließen können, diese Regeln ohne weiteres zu sanktionieren, weshalb sie an den Bundeskongress des ADGB zurückverwiesen wurden, der sie dann in seiner letzten Herbsttagung (28. September bis 1. Oktober 1922) mit einem einzigen, mehr redaktionellen, Zusatz zum Beschluß erhob. Damit war das gewerkschaftliche Streikrecht, das unter Mitwirkung und mit Zustimmung des V.D.M.-Bundes festgelegt wurde, für alle diesen Spitzenverbänden angeschlossenen Arbeiter- und Angestelltenverbände geschehen.

Die Regeln zerfallen in drei Teile, die die allgemeinen Verpflichtungen betreffen, solche bei gemeinsamen Lohnbewegungen und schließlich bei Streiks in lebenswichtigen Betrieben. Als oberstes Gesetz der Gewerkschaften, gegen das unter dem Einfluß gewerkschaftsfeindlicher Elemente so häufig Protesten wird, gilt, daß die Arbeitsniederlegung nur als letztes und äußerstes Mittel zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen oder zur Abwehr von Verschlechterungen anzuwenden ist. Damit wird nur die alte Erfahrung unterfirden, daß der Streik eine zweischneidige Waffe ist, die bei leichtfertiger, törichtem Gebrauch zu schweren Selbstschädigungen führt und gar leicht stumpf wird. Vor einer Arbeitsniederlegung sind deshalb alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen. Selbstverständlich ist die Verpflichtung der Gewerkschaftsmitglieder, daß, bevor sie mit gemeinsamen Forderungen an die Unternehmer oder deren Organisation herantreten, sie sich mit der zuständigen Vertretung ihres Verbandes zu beraten haben. Die endgültige Aufstellung und Einreichung von Forderungen ist an die Zustimmung der verantwortlichen Verbandsvertretung gebunden, der auch die Führung der Verhandlungen obliegt, unter Beachtung der Vorschriften des Verbandes und der Weisungen des Verbandsvorsitzenden. Eine Arbeitsniederlegung muß durch Abstimmung der Beteiligten beschlossen werden. Bei

*) „Korrespondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Nr. 29, 32. Jahrgang.

Streiks, die unter Missachtung der Richtlinien eingeleitet werden und vom Verbandsvorstand nicht genehmigt sind, muß die Unterstützung aus Verbandsmitteln verweigert werden. In solchen Fällen ist der betreffende Verband verpflichtet, unter möglichster Wahrung der Interessen der Arbeiter auf eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken. Gewerkschaftsmitglieder, die durch einen Streik, an dem sie nicht beteiligt sind, an der Fortsetzung ihrer Arbeit verhindert werden, gelten als arbeitslos. Mitglieder, die Streikarbeit verweigern und deswegen entlassen werden, erhalten die Streikunterstützung, wenn sie zuvor von ihrer Verbandsvertretung die Zustimmung zur Verweigerung der Streikarbeit erhalten haben. Diese Bedingung könnte auf den ersten Blick bürokratisch erscheinen. Allein der Begriff der Streikarbeit ist nicht in jedem Falle derart klar, daß jedes einzelne Mitglied selber so oder so darüber entscheiden kann. Hat die Organisation eine Arbeit als Streikarbeit erklärt, dann muß diese von allen Mitgliedern verweigert werden, so daß unter den Mitgliedern selber kein Streit darüber sein kann.

Die in dem § 37 der Bundesfassung bereits enthaltene Verpflichtung zur gegenseitigen Verständigung bei gemeinsamen Lohnbewegungen gilt nach den Richtlinien insbesondere für Bewegungen in solchen Industrie-, Gemeinde-, Staats- oder Gewerkschaftsbetrieben, in denen Angehörige verschiedener Berufe und Mitglieder mehrerer dem Bunde angeschlossener Verbände beschäftigt sind. Keine Gewerkschaft darf für sich allein vorgeben, die beteiligten Verbände müssen gegenseitig Rücksprache nehmen und eine Verständigung versuchen. Nur auf gemeinsamen Beschluß aller beteiligten Gewerkschaften dürfen Forderungen veröffentlicht und den Arbeitgebern unterbreitet werden. Im Falle einer gemeinsamen Arbeitsniederlegung muß die erforderliche vorherige Abstimmung in einheitlicher Form gemeinschaftlich oder doch in allen Gewerkschaften gleichzeitig vorgenommen werden. Die führende Organisation muß den übrigen beteiligten Verbänden rechtzeitig melden, ob sie den Streik genehmigt oder abgelehnt hat. Den Ausbruch eines nicht genehmigten Streiks, an dem Mitglieder anderer Gewerkschaften beteiligt sind, muß dem Bundesvorstand melden. Lehnt die führende Organisation die Unterstützung eines nicht genehmigten Streiks ab, dann dürfen auch die anderen mitbeteiligten Gewerkschaften keine Unterstützung gewähren. Da bei jeder Teilbewegung in gemischten Betrieben die Gefahr besteht, daß die Gesamtheit der Beschäftigten gegen ihren Willen hineingezogen wird, wird es jeder Berufsgruppe zur besonderen Pflicht gemacht, auf die Interessen der Gesamtheit Rücksicht zu nehmen. Läßt es eine Gruppe an dieser Rücksichtnahme und an der Rücksicht auf die Stellung der Mehrheit fehlen, so kann sie nicht verlangen, daß ihr gegenüber Solidarität geübt wird. Erwähnt sei noch, daß ein Sympathiestreik nur dann in Frage kommt, wenn der Verbandsvorstand der streikenden Gewerkschaft an den Verbandsvorstand der anderen Gewerkschaft ein dahingehendes begründetes Verlangen gestellt und letzterer den Sympathiestreik seiner Mitglieder genehmigt hat.

Der letzte Abschnitt betrifft die Streiks in lebensnotwendigen, d. h. solchen Betrieben, die für die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung notwendig sind. Ein Streik in lebensnotwendigen Betrieben darf erst beschlossen werden, wenn der Bundesvorstand des ADGB, bzw. der Vorstand des NW-Bundes rechtzeitig davon benachrichtigt wird, so daß ihnen eine angemessene Frist zur Vermittlung bleibt. Die bei Arbeitsniederlegungen in Frage kommenden Rotarbeiten, deren Ausführung in jedem Falle erfolgen soll, muß jede Gewerkschaft für ihr Organisationsgebiet verzeichnen und das Verzeichnis dem Vorstand des ADGB, bzw. des NW-Bundes einreichen. Die Gewerkschaften müssen ihre Mitglieder durch die Verbandsführungen ausdrücklich verpflichten, die Rotarbeiten auszuführen, und die Verbandsvorstände müssen die erforderlichen Maßnahmen für die Durchführung der Rotarbeiten treffen. Abgesehen von der Bewirkung jeglicher Unterstützung gilt die Verweigerung von Rotarbeiten als grobe Schädigung der gewerkschaftlichen Interessen.

Sudermanns Jugenderinnerungen.

Hermann Sudermann erträgt es mit einer stauenswerten Ruhe, dem Greisenalter zu nahen. Er läßt sich nicht durch die Verbitterung für große und vollstimmige Erfolge seiner Schriftstelleri nach. Was er zu sagen hat, hält sich immer noch im Bezirk des Unterhaltenden, mit Gefühl nur so weit beladener, wie es der oberflächliche Leser braucht. Auch dort, wo er von seinem ganzen Leben Rechenschaft ablegt, verzichtet er nicht auf diese Gewohnheit. Darum wurde „Das Bilderbuch meiner Jugend“ (Cotta'sche Buchhandlung Nachf.) in vielen Partien von einem derben, sogar streptischen Effektenhafter aufgezeichnet, aber es läßt doch irgendwie in der Erinnerung als etwas Strammes und Starkes.

Sudermann, der aus keinen ostpreussischen Verhältnissen kommt, als Student beinahe verbummelt wäre und dann über den politischen Journalismus zum Roman und zum Theater gelangt, ist als Mensch ein ganzer Keck gewesen. Er hat das Leben, um in seinem Stille etwa zu reden, geschmissen. Er schmeißt noch bis auf den heutigen Tag alles: die Zeitgeschichte, Deutschlands Glück und Not, die Geheimnisse des Liebeslebens usw. Aber er schmeißt alles nur. Und er schmeißt dabei, leider allzu oft, die deutsche Sprache und den Geschmack um. „Total messung“, das steht so mitten in einem ersten Abschnitt. Es kann doch ein Mann von Geist nicht reizen, so daraufloszulapen. Es reizt aber Sudermann, Dagegen und Konfessionsstil durcheinander zu mischen. Bieleicht ist das der Stil unserer Zeit, könnte jemand einwenden. Nein, es ist nur eine miserable, auch dem einfachen Mann schadenbringende Manier eines formgewandten Mannes.

Sudermann steht eigentlich nur Oberflächen: In seiner ostpreussischen Heimat kennt er sich ein wenig tiefer aus. Da weiß er von der Armut im Vaterlande, von der Güte der Mutter und auch von der Landschaft Reize zu beobachten, die ans Herz gehen. Dann aber verzichtet er schnell auf das Innere der Menschen und die Zartheit der Köpfe. Nur wie ein Reporter geht er durch das Berlin der achtziger Jahre. Man tritt in Kioskskoffern, in die Unersättlichkeit, ins Parlament, doch jedes Ding und jede Persönlichkeit sind nur bis zur Haut berührt. Zuerst ist man befriedigt. Schließlich jedoch möchte man an den Leib einem Erzähler, der sich rühmt, fittlich und künstlerisch bei den Ersten zu stehen.

Mag Hochdorf.

Ergebnisse mit den Weihnachtsspielen. In jüngster Zeit hat man es verschiedentlich unternommen, die alten schönen Weihnachtsspiele in ihrer ehrwürdigen Einfachheit und vollstimmigen Kraft neu zu beleben. Lisa Lehner, die bekannte Märchenrhapsodikerin, hat an einer Wanderschaft solcher Weihnachtsspiele teilgenommen und erzählt davon in ihrem neuen bei Eugen Diederichs in Jena er-

Ohne die Einmischung der kommunistischen Partei in die gewerkschaftlichen Kämpfe, die planmäßig darauf ausgeht, die gewerkschaftliche Disziplin und das Vertrauen der Mitglieder zu den Gewerkschaftsleitungen zu untergraben, würden diese Richtlinien längst Gemeingut aller Gewerkschaftsmitglieder sein. Aber auch trotz der Schwierigkeiten, die ihnen von jener Seite unausgesetzt bereitet werden, sind die Gewerkschaften durch die ihnen anvertraute Interessenwahrung ihrer Mitglieder gezwungen, den Richtlinien konsequent zu folgen. Bieten diese auch keine unbedingte Garantie dafür, daß jeder den Gewerkschaften direkt oder indirekt aufgezwungene Kampf mit vollem Erfolg endet, so bewirten sie doch, daß unnütze Streiks vermieden, die notwendigen Streiks aber in voller Ordnung und mit desto größerem Nachdruck geführt werden können und dabei außerdem die Technische Nothilfe überflüssig wird.

Den Gewerkschaftsmitgliedern müssen die Richtlinien geläufig werden. Wer es irgendwie verliert, sie davon abzubringen, sie in kopflose Unternehmungen zu drängen, muß als Schädling zurückgewiesen werden. Das von den Gewerkschaften durch die überwiegende Mehrheit ihrer Delegierten auf dem letzten Gewerkschaftstags gebilligte und vom Bundesauschuß beschlossene Streitgesetz muß von jedem Gewerkschaftler hochgehalten werden. Aus der Periode der wilden Streiks müssen wir unter allen Umständen wieder herauskommen. Kommt es endlich einmal zur Stabilisierung der Mark, dann kommen wir auch aus der permanenten Lohnbewegung heraus und die bisher gebundenen Kräfte werden frei für vermehrte gewerkschaftliche Kulturarbeit.

Krieg und Generalstreik.

Leipart über den Haager Kongress.

In der neuesten Nummer des „Korrespondenzblatt“ sieht sich Genosse Theodor Leipart mit den Ergebnissen des Weltfriedenskongresses im Haag auseinander und bemerkt dabei, daß für die Frage des Generalstreiks im Kriege „die ganze Lösung noch nicht gefunden ist“. Er schreibt dazu:

Der Militarismus und die kapitalistischen Regierungen werden im Ernstfalle sich der Generalstreikdrohung nicht mit verschränkten Armen tatenlos gegenüberstellen. Abgesehen von den ihnen verfügbaren Mitteln der militärischen Gewalt, werden sie wieder wie 1914 und in allen früheren Fällen ihren großen Einfluß auf die öffentliche Meinung, auf die Presse ausspielen. Wir haben ja nur zu deutlich noch in Erinnerung, wie durch absichtlich falsche Nachrichten über Vorgänge im Ausland die öffentliche Meinung in allen am Krieg beteiligten Ländern irreführend worden ist. Die sofort eintretende Grenzsperrung macht jede direkte Benachrichtigung und Verständigung unmöglich. Auf beiden Seiten der Grenze wird man die Arbeiterschaft des eigenen Landes von der Anwendung des Generalstreiks dadurch abzuhalten suchen, daß man ihr berichtet, die Arbeiter des anderen Landes hätten nicht im geringsten daran, ihr Land und Volk durch Streik in die höchste Gefahr zu bringen.

Auch die von Banderowde aufgeworfene Frage des legalen Rechts zur Landesverteidigung gegen feindliche Invasion fällt in dieses Gebiet. Verschiedene Redner im Haag haben diese Frage grundsätzlich abgelehnt, weil die Unterscheidung zwischen Angriff- und Verteidigungskrieg die ganze Propaganda gegen den Krieg von vornherein lahmlegen würde. Denn noch in jedem Kriege sei mit dem Begriffe der Vaterlandsverteidigung Mißbrauch getrieben worden. Das ist gewiß richtig, aber das berechtigte Vaterlandsgeschäft wird trotzdem auch in Zukunft vorhanden sein und bei der Anwendung des Generalstreiks als Mittel zur Kriegsverhinderung eine Rolle spielen. Vorläufig wird man sich mit der Antwort einverstanden erklären können, die Souveränität im Auftrage des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf Banderowde Frage gegeben hat. Er sagte, die Forderungen der Gewerkschaften gingen dahin, daß in allen Streitigkeiten zwischen den Völkern jede Gewaltanwendung abzulehnen sei. Nicht die Gewalt, sondern allein das Recht dürfe entscheiden, und das Recht müsse durch einen wirklichen Völkervertrag jedem Lande garantiert sein.

Die Scheinenden Buch „Aus Spielmannsfahrten und Wandertagen“. Es war ein altes Christi-Geburts-Spiel, mit dem das Wandertheater durch das Donautal zog. Es ist immer das gleiche Bild, das ihr Spiel entrollt, aber der Eindruck, den es auf die Zuschauer macht, ist sehr verschieden: „Es gibt da die Vorstellungen im Kreise der Gebildeten; da sitzen Gelehrte, Professoren, Künstler und Kestheten in den Reihen vor uns: Wir sehen verstehende, vergnügte und kritische Miemen. Und hinterher sprechen und schreiben sie viel über die Farbenwirkungen, haben Vergleiche mit den alten Meistern zur Hand, stellen Betrachtungen über Ziele und Richtlinien einer neuen Schauspielkunst an... Aber es gibt auch die Vorstellungen in abgelegenen Orten vor der Bauernbevölkerung. Schon die Luft im Saal ist anders dann. Es riecht nach Kleibern, die lange im Schranke gehalten, nach eingeweichten Säeseln, nach starken Haareffekten. Die Unruhe vorher ist kräftiger und die Stille danach dumpfer. Wenn der Eingangszug durch den Saal auf die Bühne zieht, werden Bewunderungsrufe laut. Was bei den anderen nur im Blick liegt, wird hier zum Wort. Der Teufel muß es sich gefallen lassen, daß er am Schwanz gezogen wird, oder daß ein Kind, das auf dem Schoß der Mutter sitzt, vor ihm in Angstschrei ausbricht. Ich habe auch an diesen Tagen gesehen, daß eine Frau sich bekreuzigte, als die Maria vorbeischnitt. Wiciele bedingungslos gläubiger wird Rosterium nur als Mysterium angenommen. Nichts von Formwirkung hinterher, nichts von alten Meistern. Dann kommen auch Tage in großen Fabrikräumen vor der Arbeiterschaft, die, teils bedingungslos christlich, dem Geschehen lauscht, teils skeptisch nur als Spiel einem Spiele folgt, oder auch ganz ablehnend, durch Rina verblüdet, verloren für primitive Volkstanz ist und störend wirkt.“

Das deutsche Höhlendorf. Ein Ort, der in der heutigen Wohnungsnot sein heraus ist, dürfte das kleine, etwa 1400 Seelen zählende Dörfchen Langenstein in der Preußischen Sachsen bei Halberstadt am Harz sein. Eine große Anzahl von Wohnungen des am Berghange gelegenen Ortes sind in den zahlreichen Sandsteinhöhlen des westlichen Abhanges des sich nach Quedlinburg hinziehenden Hoppelsberges eingerichtet. Es handelt sich hierbei nicht etwa um eine Wohnhöhle, die durch die gegenwärtige allgemeine Wohnungsnot bedingt ist, sondern der Ort gilt sprichwörtlich als Höhlendorf und besitzt diese Wohnhöhlen seit alter Zeit. Zusammen sind die Höhleneingänge mit einer regelrechten Tür versehen, die eine Glasscheibe besitzt und so der Höhlenwohnung leicht Licht zuführt. Oft fehlt auch diese Tür, und man findet sogar mehrere Wohnungen im Innern solcher dann meist großer Höhlen. Neben diesen Höhlenwohnungen besitzt der Ort natürlich auch regelrechte Häuser. Diese liegen am ganzen Hange verstreut und es kommt vor, daß Höhlenwohnungen mit gewöhnlichen Wohnhäusern in einer Straße abwechseln. In diesem Falle handelt es sich dann um eine Art von Hohlweg, von dessen ersten Stellen die Höhlenwohnungen abgehen, während sonst Wohnhäuser stehen. Oft findet man auch ausgemauerte Höhlen und Aufbauten auf solche. — Die ganze Gegend besitzt einen großen Höhlenreichtum. Fast alle Vorberge des Nordhanges von Blankenburg bis Quedlinburg besitzen viele zum Teil viele Kilometer langen und mitunter recht hohen Sandsteinhöhlen. So gibt es bei Quedlinburg die Ruffenhöhle, die mehrere hundert Menschen faßt,

Leipart schließt mit einem Ruf an Bürgertum, Presse, Parlamentarier, Künstler und Gelehrte, sich der Friedensbewegung anzuschließen. Dieser Ruf ist beherzigenswert, aber in ihrer Masse wird sich die große Friedensarmee zunächst doch aus den Arbeitern rekrutieren. Durch tatkräftige Arbeit für die Sozialdemokratische Partei und ihre Presse können die Gewerkschaften auch der Sache des Friedens am besten dienen.

Bayern und die Ententeforderungen.

München, 22. Dezember. (TU.) Die bayerische Regierung wird zu der neuerlichen Forderung der Entente wegen Ingolstadt und Passau voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages Stellung nehmen. In unterrichteten Kreisen betrachten man die Situation als ernst. Nach der „München-Mugsburger Abendzeitung“ ist man der Auffassung, daß die Erklärung der Reichsregierung bereits bis an die Grenze des Erträglichsten gegangen sei und daß die bayerische Regierung unzulässig von sich aus weitere Schritte tun könne. Eine Bestrafung der Bürgermeister durch die Regierung läme schon deswegen nicht in Frage, weil die Regierung dazu gar keine rechtliche Möglichkeit hat. Die Forderung nach einer besonderen Entschädigung der bayerischen Regierung wird als unvereinbar mit dem staatsrechtlichen Charakter des Reiches empfunden und wird als eine durch nichts begründete unerhörte Zumutung auf entschlossene Ablehnung durch die bayerische Regierung stoßen. Im übrigen wird die bayerische Regierung Wert darauf legen, auch in der neuen Situation mit der Reichsregierung einmütig zusammenzuarbeiten, um gemeinsam mit ihr eine Lösung zu finden.

Aus Kapps „Schieberbörse“.

Ein „Arier jüdischer Abstammung“ und ein „Sendling Jions“.

Eine der „erfreulichsten“ Erscheinungen aus den Kapp-Tagen war der ungarisch-englisch-österreichisch-deutsche Schriftsteller Trebitsch-Bincoln. Er stand jetzt vor einem Berliner Schöffengericht als Angeklagter. Denn der deutschösterreichische Schriftsteller Dr. Falb, der im Auswärtigen Amt beschäftigt ist, hatte den Trebitsch-Bincoln des Putschismus Kapp verurteilt, weil er ihn als einen „Abgesandten Jions“ im deutschösterreichischen Lager begeistert hatte. Trebitsch, der aus Wien zur Verhandlung gekommen war, hatte den Vorsitzenden des Schöffengerichts, Amtsgerichtsrat David, abgelehnt unter der Behauptung, er sei ein „Judenstamm“. Das Kammergericht hat allerdings diese Ablehnung für unbegründet erklärt und so mußte der Kappist doch vor David sich verantworten. Er selbst bezeichnet sich — man erschrecke nicht — als einen „Arier jüdischer Abstammung“. Er hat ein Buch geschrieben, daß sich mit dem angeblichen „jüdischen Weltgeheimbund“ beschäftigt und sich hauptsächlich auf den Schmarren von den „Weisen von Jion“ stützt. In diesem Buche hat er sich auch mit dem Dr. Falb beschäftigt und ihn als einen „Abkommandierten Jions“ bezeichnet. Dadurch fühlte sich Dr. Falb beleidigt. Und so mußte denn das Schöffengericht des langen und breiten erklären, warum der Trebitsch-Bincoln an den „Weltgeheimbund der Juden“ glaubt. Der Richter erklärte dem aufgeregten jüdisch-ariischen Kappisten allerdings, daß er ihn „nur pathologisch“ nähme. Indessen meldete sich ein Zeuge aus dem Zuschauerraum, der die Erstzeng eines solchen „Weltgeheimbundes“ beidene wollte. Er selbst habe als Nachtwächter in New York am „Hause dieses Ordens“ gedient! Der Vorsitzende war so klug, die Adresse dieses Zeugen zu den Akten zu nehmen, die Nachtwächteridee, diesen Mann zu verurteilen, aber abzulehnen. Der Prozeß endete damit, daß der „Arier jüdischen Blutes“ wegen Beleidigung des deutschösterreichischen Dr. Falb zu insgesamt 30 000 M. verurteilt wurde. Das Gericht war der Meinung, der Vorwurf, ein „Abgesandter Jions“ zu sein, sei deshalb schwer, weil er den Vorwurf der Heuchelei in sich schließt. Im übrigen wird dem Trebitsch-Bincoln Kapps und Theobalds bescheinigt, daß er am „pathologischen Fanatismus“ leide.

Die Helden, die im März 1920 die deutsche Republik befreiten und die Kapp-Monarchie aufrichteten wollten, waren von demselben Holz wie jene, die das Land in den Krieg und das Unglück führten.

dabei aber von außen nahezu unsichtbar ist. Eine andere Höhle glebt sich 7 Kilometer lang von der Alenburg bei Quedlinburg bis zum Regenstein bei Blankenburg hin.

Deutsche Wissenschaft arbeitet in Innerafrika. Ueber die Erforschung des Trypanosomenheilmittels Baper 205 in Afrika berichtet Professor Kleine, der langjährige Mitarbeiter Robert Kochs, in der Nr. 51 der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“. Prof. Kleine ist an der Spitze einer von den Oberfeldherren der Expedition vor etwa einem Jahr nach Afrika gegangen, um mit Genehmigung der englischen Regierung seine Experimente in Rhodesia auszuführen. Er beobachtet, das Mittel besonders nach drei Richtungen hin zu prüfen: nach seiner Heilwirkung bei der menschlichen Schlafkrankheit, nach seiner Heilwirkung bei der Tsetse-Krankheit des Viehs und nach seiner vorbeugenden Wirksamkeit bei der Verhinderung dieser Seuchen. Als Versuchstiere wurden vor allem zahlreiche Affen benützt. Nach der Injektion von 0,05 bis 0,15 Gramm in physikalischer Kochsalzlösung verstarben die Trypanosomen bei 27 Affen nach 24 Stunden, um in keinem einzigen Fall wiederzukehren. Es wurde ferner festgestellt, daß durch Einwirkung des Mittels ein Schutz gegen die Infektion bei den Affen erzielt wurde. Festgestellt wurde ferner, daß nach der Behandlung eine relative Immunität bei Affen gegen Schlafkrankheit oder Nagana erreicht wurde. Bei den Versuchen an Rindern wurden ebenfalls Heilwirkungen erzielt, aber nicht so leicht wie bei Affen. Auch bei der Behandlung schlafkranker Menschen wurden mit dem Mittel erfreuliche Resultate erzielt.

Die Alhambra droht einzufallen. Das altberühmte Mauren-schloß von Granada ist nun im Laufe der Jahrhunderte so morsch geworden, daß es die Sorge aller spanischen Altersgenossen hervorruft. Im Jahre 1492 fiel Granada, das letzte Bollwerk der Mauren, den christlichen Spaniern unter Ferdinand von Aragonien und Isabella von Kastilien in die Hände. Seitdem steht der ehemals so prächtige Bau unbenutzt und es ist nichts mehr zu seiner Erhaltung getan worden. Erst seit einigen Jahren regt sich die Empfindung, daß es doch für Spanien eine große Kultursehenswürdigkeit wäre, wenn die denkwürdige Ruine einstiger Größe gänzlich zu einem wüsten Trümmerhaufen zusammenzufallen sollte. In den Cortes wurde eine Interpellation eingebracht, ob nicht die Regierung die Erhaltung der Alhambra als eine Sache des ganzen Volkes ansehen wolle, da die letzten Mittel zu einer großzügigen Rettung des Maurenschlosses bei weitem nicht ausreichen. Der Unterrichtsminister sagte Hilfe zu, er versprach sogar, sich selbst an Ort und Stelle zu begeben, um sich durch den Augenschein vom Stande der Dinge zu überzeugen. In den nächsten Etot hofft er dann eine größere Summe einzustellen, so daß mit den Arbeiten der Renovierung baldigst begonnen werden könne.

Spielplanänderung. In den Kammerjahren wird heute statt „Das Glas Wasser“ „Zimothaus in flagranti“ gespielt. „Gausball bei Kaffe!“ So bellt sich der diesjährige Ball der Karlsruher, der zum Nutzen der Unterhaltungsstelle des Reichswehrministeriums bildender Künstler in der Philharmonie am 20. Januar 1923 stattfindet.

Die Pfänder im Rheinland.

Die Meldung des „Manchester Guardian“ über eine angeblich zustandgekommene englisch-französische Verständigung wird von Paris dementiert. Wie die „Express-Correspondenz“ berichtet, bezeichnet man an französisch-offizieller Stelle diese Meldung als falsch. Mit diesem Dementi ist natürlich der Plan selbst, den offenbar bestimmte französische Kreise zur Grundlage der Verständigung mit England machen wollen, noch nicht erledigt. Man wird sich aber hoffentlich im Zustand klar darüber sein, daß Maßnahmen, wie die geplanten Pfändergründungen im besetzten Gebiet, niemals die Zustimmung des deutschen Volkes finden würden, daß sie also Deutschland nur mit Gewalt auferlegt werden könnten. Wenn es wahr ist, daß man auf Gewaltmaßnahmen verzichtet will, dann muß dieser Pfänderplan erledigt sein.

Die Rede, die Poincaré gestern im Senat gehalten hat, unterscheidet sich zwar nur wenig von seinen bisherigen Kundgebungen, sie gewinnt jedoch dadurch an Bedeutung, daß sie wohl die letzte Kundgebung des französischen Ministerpräsidenten vor dem Zusammentritt der Pariser Konferenz gewesen sein wird. Poincaré hat darin seine Absicht bestätigt, Pfänder zu verlangen, und falls die übrigen Mitglieder dieser Forderung nicht nachgeben, sie auf eigene Faust zu nehmen, angeblich „für gemeinsames Konto“.

Poincaré hat u. a. ausgeführt, daß Frankreich am 31. Dezember für Deutschland etwa 100 Milliarden bezahlt haben wird. Diese der Phantasie entsprungene Zahl dürfte sich einerseits auf denjenigen Teil der Kosten der Besatzungsarmee beziehen, der bisher nicht von Deutschland, sondern von Frankreich bezahlt werden mußte, ferner an die Invaliden- und Kriegswitwenpensionen, vor allem aber handelt es sich dabei um die Vorschüsse, die die französische Staatskasse den Geschädigten aus den zerstörten Gebieten ausbezahlt hat.

Was die Besatzungskosten betrifft, so ist darüber kein Wort zu verlieren: das sind Gelder, die buchstäblich zum Fenster hinausgeworfen werden. Die Zahlung der Pensionen und Renten ist Deutschland auf Grund einer ungeheuerlichen Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen ausgenutzt worden, und was die Entschädigungen anbelangt, die bisher vorläufigweise den Interessenten in Nordfrankreich ausbezahlt wurden, so sind dabei nachgewiesenermaßen bereits derartige Ungeheuerlichkeiten vorgekommen, das man in der offiziellen französischen Presse bereits von einem regelrechten nordfranzösischen Panama zu münken beginnt. Jedenfalls sind diese Vorschüsse ohne jegliche Kontrolle ausgezahlt worden, und es wäre doch das mindeste, daß diese Ausgaben einer internationalen Nachprüfung unterzogen werden. Denn es geht nicht an, daß Deutschland für alle kleineren und größeren Korruptionsfälle aufkomme, von denen nur die allerwenigsten bisher öffentlich festgenagelt werden konnten. Es darf wohl in diesem Zusammenhange daran erinnert werden, daß englische und amerikanische Sachverständige auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 den gesamten Materialschaden in den zerstörten Gebieten auf 16 bis 18 Milliarden Frank schätzten, während diese Summe, die heute etwa 55 Milliarden Papierfrank entspricht, allein durch die schon gezahlten Vorschüsse erheblich überschritten wurde.

Poincaré hat nun gestern das Schlagwort geprägt, daß der kommende Reparationsfeldzug der französischen Regierung für den Wiederaufbau entscheidend sein werde. Man könnte tatsächlich die französischen Staatsbürger nicht unbegrenzt ohne Wohnungen lassen. Diesen Standpunkt vertritt die deutsche Arbeiterschaft bereits seit drei Jahren, und sie hat wiederholt konkrete Vorschläge unterbreitet, die bis vor wenigen Monaten stets am Widerstand der französischen Regierung und der ihr nahestehenden großkapitalistischen Wirtschaftskreise gescheitert waren. Wessen Schuld ist es aber, wenn es überhaupt noch auch nur einen einzigen Bewohner Nordfrankreichs gibt, dem sein Haus nicht wieder ausgebaut wurde? Vor einigen Tagen ist dem deutschen Reichstag der Bericht über die Ausgaben der Reichssozialversicherung durch den Abgeordneten Genossen Schäfers erstattet worden. Es handelt sich um die Sachlieferungen, die auf Kosten des Reiches für die Besatzungstruppen am Rhein geleistet werden mußten. Und was las man da? Tausende von Salonmöbeln, von Speisezimmern, von Klavieren, Hundställen von Bekleidungen, Wein- und Sektgläsern, kurz, Milliardenwerte in Gold mußten in den Kassen der Besatzungsarmee geworfen werden. Hätte man diese Möbel, diesen Haurat und überhaupt das ganze Geld, das dafür angewendet werden mußte, statt den Nichtstuern des Besatzungsheeres den Geschädigten in Nordfrankreich zukommen lassen, dann wäre das Problem des Wiederaufbaues gelöst. Einmal wird das die Welt, einschließlich Frankreichs, doch erkennen und wird mit den Schuldigen an dieser verbrecherischen Mißwirtschaft Abrechnung halten.

Sinken der Brotpreise in Italien. Nachdem die Zeitpreise erheblich gesunken sind, kündigte die italienische Regierung auch eine Herabsetzung des Brotpreises um 20 Centimes für das Kilo an.

Auflösung des jugoslawischen Parlaments. Die Stupskina ist aufgelöst. Die Neuwahlen sind für den 18. März ausgeschrieben.

Devisenkurse.

	22. Dezember		21. Dezember	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	2698.25	2706.75	2698.51	2681.68
1 argentinische Papier-Peso	2503.57	2576.43	2598.68	2531.87
1 belgischer Franc	481.94	483.06	488.85	481.15
1 norwegische Krone	1246.87	1258.13	1274.81	1278.80
1 dänische Krone	1354.60	1363.40	1376.54	1358.45
1 schwedische Krone	1780.58	1789.47	1805.47	1814.53
1 finnische Mark	—	—	167.08	167.92
1 japanischer Yen	—	—	8208.61	8283.10
1 italienische Lire	844.18	845.87	841.04	843.46
1 Pfund Sterling	81221.78	81378.25	81022.25	81177.75
1 Dollar	6788.06	6791.94	6783.12	6786.88
1 französischer Franc	508.78	506.27	501.24	503.76
1 brasilianischer Milreis	—	—	785.58	789.47
1 Schweizer Franc	1279.29	1285.71	1271.81	1278.19
1 spanische Pesta	—	—	1057.85	1002.65
100 österr. Kronen (abgesl.)	—	—	9.02	9.08
1 tschechische Krone	—	—	190.85	200.50
1 ungarische Krone	—	—	2.90	2.95
1 bulgarische Lema	—	—	49.12	49.88
1 jugoslawischer Dinar	—	—	75.81	75.69

Sanierung der Straßenbahn?

Eine neue städtische Anleihe.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Böß fand heute morgen eine Besprechung der Fraktionsvertreter statt, an der auch der Kammerer Dr. Karling und der Stadtbaurat Dr. Adler teilnahmen. Der Kammerer wie der Oberbürgermeister machten davon Mitteilung, daß nach eingehenden Verhandlungen mit den Aufsichtsbehörden die Möglichkeit einer städtischen Anleihe in Höhe von ein bis zwei Milliarden zugunsten der Straßenbahn bestehe. Die Mittel dieser Anleihe können nach den Angaben des Magistrats dadurch gewonnen werden, daß aus den städtischen Forsten, deren Holzbestand einer genauen Nachprüfung unterzogen worden ist, durch einen einmaligen etwas verstärkten Holzschlag ohne Gefährdung der Substanz der städtischen Wälder bedeutende Mittel zu gewinnen sind. Die Aufsichtsbehörden knüpfen ihre Genehmigung einer solchen Anleihe für die Straßenbahn, die die Stadt also aus ihren eigenen Beständen zu beschaffen hätte, an zwei Bedingungen: Es wird verlangt, daß die so gewonnenen einmahligen Zuschüsse nicht für die laufenden Ausgaben der Straßenbahn, sondern nur für die Erneuerung und Verbesserung des technischen Betriebes verwendet werden. Ferner wird von der Aufsichtsbehörde gewünscht, daß durch Schaffung einer freieren Betriebsform (etwa die Bildung einer GmbH.) gewisse Garantien für eine kaufmännischere und durch bürokratische und sonstige mit der Stadtverwaltung zusammenhängende hemmende Einflüsse weniger beengte Betriebsführung geschaffen werde.

Die Absicht des Magistrats ist zweifellos auf das Lebhafteste zu begrüßen. Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß im Juni d. J. bei der Beratung des städtischen Etats die zur gründlichen Aufhebung der Straßenbahn nötigen Mittel von Stadtbaurat Dr. Adler auf 1 Milliarde geschätzt wurden, was bei heutigem Geldwert mindestens 20 Milliarden bedeuten würde. Mit dem 1 oder 2 Milliarden, die die Stadt aus ihren Forsten herauszuschlagen will, kann man heute natürlich nur einen Teil der nötigen technischen Verbesserungen vornehmen. Immerhin ist es ein Schritt vorwärts, wenn die Straßenbahn durch Kapitalzufuhr ausgebaut wird, um so mehr, wo es sich um städtisches Kapital handelt.

Die Haupt Schwierigkeit wird freilich dadurch nicht beseitigt. Sie liegt darin, daß die anhaltende Geldentwertung alle Straßenbahnen unrentabel gemacht hat. Diese Unrentabilität wird erhöht durch die Konkurrenz der Stadtbahn, die mit Milliardenzuschüssen rechnen kann und dadurch billiger fährt. Es muß deshalb immer wieder gefordert werden, daß die Berliner Verkehrsunternehmungen einheitlich verwalet werden müssen. Die Zuschüsse, die ein Unternehmen erhält, dürfen nicht zum Ruin des anderen führen. Sie müssen gleichmäßig allen Unternehmungen zugute kommen, die nicht durch eigene Schuld, sondern unter dem Druck allgemein wirtschaftlicher Entwicklungen, durch Tarif-erhöhungen ihre Selbstkosten nicht aufbringen können. Immerhin soll Aussicht bestehen, daß auch diese Frage demnächst mal gelöst wird, wenn sie die verschiedenen „Instanzen“ durchlaufen ist. Wenn die Forderung nach der Bildung einer G. m. b. H. erhoben wird, so muß deshalb, weil die Aufsichtsbehörden ungenügend oder einseitig unterrichtet werden. Die Straßenbahn ist in ihrer Stellung wirtschaftlich nicht sonderlich beengt, und es ist sicher im Interesse des Unternehmens, wenn die Vertrauensmänner der politischen Parteien dauernd an ihrem Aufbau teilnehmen. Jedenfalls wird man die Vorlage genau prüfen müssen. Entschieden sind doch nicht die formalen Forderungen, sondern was materiell aus der Bahn gemacht wird.

Immer muß festgehalten werden: Bis zum kolossalen Marktsturz im Herbst hat eine dauernde Substanzverbesserung der Bahn stattgefunden, die nach Ansicht aller Fachleute der verschiedensten Richtungen eine Gesundung ihrer Verhältnisse in sichere Aussicht stellt. Auch ihre Zukunft hängt, wie so vieles, mit der Stabilisierung unserer Verhältnisse zusammen, ohne die weder sie noch manches andere Unternehmen zu halten ist.

Das Urteil im Rahardt-Prozess.

In dem Prozeß gegen den Handwerkskammerpräsidenten a. D. Karl Rahardt, seinen Sohn Erich Rahardt und sieben andere Angeklagte wurde heute mittag das Urteil verkündet. Verurteilt wurden: Karl Rahardt wegen gemeinschaftlichen Betruges in drei Fällen sowie wegen gemeinschaftlicher Bestechung und schwerer Untreue zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten, auf die 1 Jahr, 2 Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet werden, ferner zu einer Geldstrafe von 12 000 M. und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren.

Erich Rahardt wegen gemeinschaftlichen Betruges in 2 Fällen, sowie wegen Kettenhandels und Preiswuchers zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 10 Monaten Untersuchungshaft, ferner wegen Betruges zu 6000 M. und wegen Kettenhandels und Preiswuchers zu 150 000 M. Geldstrafe sowie 3 Jahren Ehrverlust.

Dakar Hoffmann wegen gemeinschaftlichen Betruges, Bestechung und Beihilfe zur schweren Untreue zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft, ferner zu 6000 M. Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust.

Karl Albert Sonnenburg wegen gemeinschaftlichen Betruges und Beihilfe zur schweren Untreue zu 5 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 3 Wochen Untersuchungshaft.

Der Kaufmann Karl Römer wegen gemeinschaftlichen Betruges zu 9 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft und zu 6000 M. Geldstrafe, sowie wegen Kettenhandels zu 100 000 M. Geldstrafe.

Der Kaufmann Albert Rost wegen gemeinschaftlichen Kettenhandels zu 100 000 M. Geldstrafe.

Der Kaufmann August Kruse wegen gemeinschaftlichen Preiswuchers zu 100 000 M. Geldstrafe.

Die Angeklagten Architekt Walter Müller und Kaufmann Karl Eckl wurden freigesprochen.

Der von Erich Rahardt und Kruse erzielte übermäßige Gewinn in Höhe von 400 115 M. wird eingezogen. Der von der Staatsanwaltschaft beantragte Haftbefehl gegen Hoffmann und Rost wird abgelehnt. Dem Angeklagten Sonnenburg wurde eine dreijährige Bewährungsfrist zugewilligt, die von der Zahlung einer Buße von 20 000 M. innerhalb von 3 Monaten abhängig gemacht wird.

Neue Ermittlungen zum Frauenmord.

Zu dem Frauenmord in der Brangelstraße wird noch mitgeteilt, daß die weiteren Nachforschungen der Kriminalpolizei ergeben haben, daß die ermordete Frau Hertel bereits 13 Jahren vergangen Jahres die Bekanntheit des Mannes gemacht hat, der zweifellos der Täter ist. Dieser hatte sich Robert Frühling genannt und angegeben, daß er der Sohn eines Gutsbesizers in Obersachsen sei. Seine schleppende Gangart erklärte er damit, daß er auf seiner Geschäftsreise in der Nähe von Hameln das Opfer eines Eisenbahnunfalls gewesen sei. Hinter dem linken Ohr hat er ein Loch, das er damit erklärte, daß er im Felde einen Schuß erhalten habe. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß tatsächlich auch ein Mann unter dem Namen eines Arbeiters Robert Frühling wegen eines Ohrenleidens hier in der Charlis gelegen hat. Sodann hatte Frau Hertel kürzlich einen Brief, von einem gewissen Peter Elbers er-

halten, der in Köln-Bindenthal in einer Kluft liegen sollte. In diesem Brief brachte Elbers eine phantastische Erzählung von einer Verletzung in die französische Fremdenlegation vor und bat zum Schluß um Uebergebung eines größeren Geldbetrags, um mit diesem den Frühling, den er merkwürdigerweise als Gutsbesizer bezeichnet, befreien zu können. Der Brief ist aufgefunden worden. Wer über diesen angeblichen Frühling, der sich vielleicht noch in Berlin aufhält, irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird ersucht, sich bei den Kriminalkommissaren Legmeyer und Dr. Koch im Berliner Polizeipräsidium zu melden.

Um die Mietzuschläge.

Vom Gau Berlin im Bunde Deutscher Mietervereine wird uns geschrieben:

Am 19. und 21. Dezember beriet der Städtische Ausschuss für das Wohnungswesen im Berliner Rathaus über eine erneute Heraufsetzung der Mietzuschläge für Berlin nach dem Reichsmietengesetz. Der Ausschuss hatte zu diesen Sitzungen die Vertreter der Mieter und Vermietervereinigungen geladen. Die Verhandlungen mußten am 19. abgebrochen werden, da die Vertreter der Mieterorganisationen Protest gegen das Verhalten des Magistrats einlegten und hierbei erklärten, ihnen sei das Material über die vorliegenden Anträge und den Gegenstand der Beschlussfassung am 19. überhaupt nicht zugestellt worden, ein Teil des Materials sei ihnen von privater Seite 3 Tage (einschl. eines Sonntags) vor der Sitzung zugestellt worden, und die Ladung zu einer Sitzung hätten sie erst 3 Tage vorher erhalten, so daß ihnen weder Zeit, noch Material zur Information zur Verfügung stand. Am zweiten Verhandlungstage gab alsdann der Vertreter der gesamten Mieterorganisationen Berlins, Ministerialsekretär Witz, vom Gau Berlin im Bunde Deutscher Mietervereine, eine Erklärung ab, in der u. a. hervorgehoben wurde, daß die bisherigen Anträge der Mieterorganisationen bei Festsetzung der Mietzuschläge fast durchweg unberücksichtigt geblieben sind, insbesondere ein Antrag auf richtige Bemessung der Grundmieten nach der Ausführungsordnung des preussischen Wohlfahrtsministers zum RMG, da die Grundmieten in Berlin nach den früheren tabellarischen Uebersichten der Vermieterorganisationen um 15 Proz. zu hoch bemessen seien. Die Erregung in der Mieterschaft über die Behandlung der Anträge ihrer Vertreter und über die seitigen zu hohen Mietzuschläge sei infolgedessen gestiegen. Die Mietervertreter könnten nur einer Richtigerstellung der Grundmieten neue Zuschläge nicht zugestehen, sie beantragten vielmehr, daß, solange die zu hohen Grundmieten bestehen bleiben, die seitigen Zuschläge ermäßigt würden, da sie den wirklichen Verhältnissen nicht Rechnung trügen. Man habe in Mieterschaften den Eindruck, daß die jetzige Mietpreispolitik einseitig vom Hausbesitz und vom Stadtkammerer, hinter dem wiederum der Hausbesitz stehe, diktiert werde. Die Mietervertreter müßten es sich verloggen, auf weitere Verhandlungen einzugehen, da ihre Ausführungen anscheinend doch nicht beachtet würden, sie müßten aber dem Ausschuss und dem Magistrat Berlin für ihre Beschlüsse die Verantwortung selbst überlassen. Die Antwort würde die gesamte Mieterschaft Berlins am 7. Januar 1923 gelegentlich der für diesen Tag geplanten Demonstration gegen die seitigen Mietzuschläge usw. geben, an der sich nicht nur die Anhänger der sozialistischen Parteien, sondern auch die der bürgerlichen Parteien einbehalten würden, da auch bei den bürgerlichen Mietern die Erkenntnis sich Bahn gebrochen habe, daß die jetzige Mietpreispolitik der Behörden erdroffelt würden. Nach dieser Erklärung verließen die gesamten Mietervertreter den Sitzungssaal.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Im Prozeß gegen Max Klauke, der heute fortgesetzt wurde, sagte als erste Zeugin die frühere Filialistin Frau Brichmann aus, daß die Postomissionärsführer, die Kollegen ihres Manns, sich förmlich gedrängt hätten, bei Klauke ihr Geld einzuzahlen. Als nächste Zeugin trat eine Dame auf, die Klaukes Zeitung „Der Redakteur“ in einer Konditorei gelesen und daraufhin Vertrauen zu dem Unternehmen gefaßt hatte. Sie war in der Filiale in der Lauscher Straße gewesen, habe dort mehrere Beamte in Uniform getroffen, die ihr versicherten, daß das Unternehmen gut sei. Daraufhin habe sie ihr ganzes Vermögen in Höhe von 4000 M. eingezahlt.

Proletarische Feiertunden. Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die Feiertunden am zweiten Feiertage, wegen des großen Programms — Orgel, Restauration, Solospiel mit Begleitung der Orgel, Vorträge, Orchester, Eorchest, Berliner Volksschor unter Leitung von Dr. Bander, Ansprache: Prof. Kalkenberg — sämtlich vom 11. Uhr beginnen muß. Um 10 Uhr wird der Eingang zum Theater geöffnet und um 11 Uhr werden die Türen geschlossen. Die Nachzahlung von 20 Mark wird im Theater erhoben.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, vielach kälter aber veränderlich, mit geringen Niederschlägen und frischen südlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinarichten.

23. Ust. Sonnabend 6 Uhr Bannerfeier, verbunden mit Weihnachtsfeier. Ust. Ust. Genossin Fohm-Geb. Eintritt 15 M. Rinder unter 14 Jahren frei. 27. Ust. Sonnabend 7 Uhr Weihnachtsfeier mit Abendessen in der Schulaula Grottenhagen Str. 56. Der unbekanntes Spenden der 100 000 Mark für unsere armen Kinder sei hiermit besonders gedankt.

Bewerkschaftsbewegung

Aus dem Reichs Zigaros.

Dem Verlangen, die Friseurgeschäfte an den kommenden beiden Sonntagen bis 5 Uhr abends offenzuhalten, stand der größte Teil der Geschäftsinhaber von vornherein fern. Die allein arbeitenden Geschäftsinhaber haben gleich den Geheilen und Lehrlingen in Berlin nur dann einmal Zeit zur Weihnachts- und Silvesterfeier, wenn diese auf den Sonntag fallen. Mit der Ablehnung dieses Verlangens durch den Polizeipräsidenten hat sich denn auch die leitende Innung abgefunden. Die Mitglieder der Daarformer Innung jedoch wollten trotzdem an den beiden Sonntagen bis 5 Uhr offenzuhalten und es wurde eine eventuelle Bestrafung wegen Uebertretung der Sonntagsschließungsbestimmungen ankommen lassen. Den Geheilen und Geheilen stellte man es frei, am Sonntag bis 5 Uhr im Geschäft zu bleiben, unter Hinweis auf die eventuelle Weihnachtsgratifikation; am Silvester-Sonntag aber müßten sie unbedingt bis 5 Uhr, ausstatt bis 12 Uhr mittags, dableiben.

Um dieser Unberechenbarkeit zu begegnen und den geltenden Bestimmungen die erforderliche Beachtung zu sichern, macht es sich notwendig, daß die Friseurgewerkschaft im Zentrum und im Westen, soweit sie an den zwei nächsten Sonntagen zu Verkaufszeiten noch 12 Uhr offenzuhalten, polizeilich daraufhin zu kontrollieren, ob im Herren- oder Damenalon Kunden bedient werden insbesondere auch, ob Geheilen, Lehrlingen oder Lehrlingen beschäftigt werden. Die Herren „Daarformer“ müssen nur deshalb die Geschäftsräumlichkeiten länger offenzuhalten, weil sie glauben, ihr Verkaufsgeschäft damit zu fördern.

Demokratisierung der Reichsbahn.

Der Hauptbetriebsrat der Reichsbahn legt Wert darauf, den folgenden in der Wiederwahl seiner Entschädigung (in Nr. 601 des „Vorwärts“) ausgefallenen Sach nachzutragen:

„Die unterschiedliche Behandlung von Beamten und Arbeitern in der Frage der Doppelgehältern bezeichnet der Hauptbetriebsrat als ungerecht und der Ablehnung dringend bedürftig.“

Die Löhne der Berliner Goldschmiede.

In der Versammlung aller im Goldschmiedegewerbe Beschäftigten am Donnerstag im „Dresdener Garten“ wurde von Henschel (Metallarbeiterverband) über die Verhandlung mit den Arbeitgebern vor dem Schlichtungsausschuss berichtet. Die Verhandlung bezog sich auf die Weigerung der im Spittelmarkt-Konzern vereinigten Arbeitgeber, den Spruch des Schlichtungsausschusses, der den Arbeitern vom 1. bis 15. Dezember einen Lohnzuschlag von 100 und vom 16. bis 31. Dezember dazu weitere 50 M. zugebilligt hat, für die Zeit vom 1. bis 4. Dezember durch entsprechende Bezahlung anzuerkennen. Für ihre Weigerung machten die Arbeitgeber geltend, nicht rechtzeitig zu den Verhandlungen eingeladen zu sein.

Nach Prüfung der Sachlage kam der Schlichtungsausschuss zu dem Spruch, daß die Weigerung der Arbeitgeber nicht berechtigt sei. Der Spruch des Schlichtungsausschusses bestehe zu Recht und verpflichte die Firmen, schon vom 1. Dezember ab die vorgezeichneten Löhne zu zahlen. Nach einer Neuerung des Herrn Koller vom Spittelmarkt-Konzern scheinen die Arbeitgeber trotzdem weiter auf ihrer Weigerung beharren zu wollen.

Die Versammlung sprach nach einer gründlichen Diskussion über die Angelegenheit die Erwartung aus, daß die Arbeitgeber des Konzerns, soweit sie die Lohnforderung noch nicht beglichen haben, bei der Neuregelung der Löhne für Januar im Interesse des gewerblichen Friedens den Ausgleich vornehmen werden.

Weiter wurde im Hinblick auf die noch weiter ansteigende Teuerung beschlossen, im Januar einen Zuschlag von 200 M. auf die bestehenden Dezemberlöhne zu fordern.

Vom „Cöpenicker Dampfboot“.

Das „Cöpenicker Dampfboot“ beschäftigt, wie uns mitgeteilt wird, Jugendliche unter 14 Jahren mit Zeitungstragen. Diese jugendlichen Austräger erhalten für halbmonatliches Austragen des Blattes an täglich drei Stunden bei 126 Exemplaren je 5 M. pro Exemplar, also 18 M. pro Stunde. Für das täglich einmalige Austragen einer Zeitung je 10 M. monatlich. Die Austräger müssen einen Revers unterschreiben, wonach die Lohnregulierung ohne Mitwirkung der Organisation erfolgt, also einfach vom Verlag bestimmt wird. Mit welchem Erfolg für den Verlag, das zeigen diese Löhne. Organisierte Arbeiter werden aus der Ausschaltung der Organisation die Konsequenzen ziehen.

„Streikagitation“ bei den Eisenbahnern.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter hat dem „Tag“ eine Berichtigung zugehen lassen, wonach „Vertreter ihrer Organisation an der gemeldeten Teuerungssaktion der Staatsarbeiter nicht teilgenommen haben. Infolgedessen hat auch kein offizieller Vertreter der Reichsgewerkschaft die Erklärung abgegeben, daß die RW. zu einer Aktion, also zu einem neuen Streik „bereit“ sei. Der Vorstand der Reichsgewerkschaft stellt vielmehr fest, daß er in keiner Weise irgendeine Streikagitation betreibt. Eine ähnliche Berichtigung hat die Reichsgewerkschaft auch dem „Total-Anzeiger“ zugehellt.

Eine Ortsgruppe der Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer und Volksschullehrerinnen, die dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossen ist, hat sich in Berlin am 10. Dezember gebildet. Geschäftsführer: Lehrer Paul Schred, Neukölln, Schönweider Str. 20.

Achtung, Muster! Morgen, Sonnabend, vorm. 10^{1/2} Uhr, in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17 1/2, große öffentliche Muster-Versammlung zur Abwehr gegen die Unternehmerwillkür im Gastwirtsgewerbe.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Dieter Schiff, Berlin; für Anzeigen: Ed. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

W Großer Weihnachts-Verkauf!



Trotz der gewaltigen Preissteigerung bringen wir eine sehr reiche Auswahl in erstklassigen Schuhwaren zu besonders billigen Preisen zum Verkauf.

Versäumen Sie nicht, jetzt noch die Gelegenheit auszunützen!

Einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit:

Herrenschürstiefel echt Rindbox, Ia Verarbeitung, erstklassiges Fabrikat, eleganter Straßentiefel **9750** M.

Herrenschürstiefel echt Chevreaux, mit Lackkappe, Derby schn. **9350** M.

Herrenschürstiefel echt Rindbox, Orig.-Goodyear, Derby schnitt, Ia Ausführung, allerbestes Fabrikat **14 000** M.

Damenschürstiefel echt Rindbox, breite Form, halbhöher Absatz, fester Wetterstiefel **6750** M.

Damenschürstiefel echt R-Chevreaux, mit hohem Schaft, Lackkappe, beste Ausführung, äußerst billig **7250** M.

Große Auswahl in Kamelhaar- und Filzhausschuhen sowie in Pantoffeln zu äußerst billigen Preisen.

Deutsche Schuh-Centrale
Kottbuser Damm 13, Ecke Schönleinstr.

Volkskleidung

Kosen

Winterjoppen
Manchester-Anzüge
Hemden, Socken
Unterhosen

Berufskleidung

Gute Ware!
Billigste Preise!

Gerh. Kohnen

Hermannstr. 76-77.

Gelegenheitskäufe!

Riesenauswahl in Herren- u. Damenanzügen, Schläpfen, Paletots, Demosmänneln, Mänteln, Kleibern.
Berliner Neukölln, Str. 41 J.

Alt-Metall-Ankauf

zu höchst. Preisen
Curry, Neukölln
Jenastr. 68
an der Bergstr.
2 Min. vom
Bahnhof, Neukölln

Stoff-Reste-Haus

A. M. Steinhart
78 Kottbuser Damm 13

Schöne Reste

für Herren-Anzüge
Mäntel
Kostüme
Kleider
in Stoff, Samt und
Seide, sowie Futter-
stoffe. Ständig sehr
große Auswahl.
Streng reell
in Quantitäten.

Gardinen

Sonderangebote u.
Gelegenheitskäufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Matras- und
Kassiergardinen.
Spezial-Gardinenverkauf
Neukölln, Bergstr. 67
am S-Bahnhof.

Wert 1000 Mark in bar!

Man staunt wie billig!

Nur diese Woche:
1000 Mark in bar bei Einkauf von 20000 Mark an!

Anzüge * Schläpfer * Winterpaletots
Gummimäntel * Hosen
weit unter heutigem Gestehungspreis!

Sichern Sie sich durch **Anzahlung**
jetzt noch preiswerte Ware für spätere Abholung!

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung
133 CHARLOTTENBURG 133
Wilmsdorfer Straße
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend!

Billige

Weihnachts-Angebote!

- Mäntel** in molligen Stoffen, Affenhaut und Eskimo Mk. **8500-65000**
- Mäntel** in Astrachan, Krimmer u. Bibrette Plüsch Mk. **22500-85000**
- Kleider** in Cheviot, Popeline und Gabardine Mk. **9500-65000**
- Blusen** in Sportflanel u. reinwollenen Stoffen Mk. **1750-17000**
- Kostüm-Röcke** in Cheviot, Gabardine u. gestreiften Stoffen Mk. **2500-16500**

Spezial-Angebot!

Handgehäkelte Jumpers in Wolle u. Seide Mk. 7500—28 500
imit. Katzen-Jacken 12500—17 500

Damen-Confektion

Elegant
Inh. Hermann Perl
Charlottenburg, Wilmsdorferstr. 46

ULSTER Schlüpfers

große Auswahl
7 850, 12 850, 19 500
28 500, 39 500, 54 500

Wollhaus

CHARLOTTENBURG
Wilmsdorferstr. 127
Ecke Schillerstr. 1. Etage

Versuchen Sie es einmal und Sie bleiben mein ständiger Kunde. Kein Kaufzwang. Besichtigung erbeten.

Pelze

Kragen 13 850, Muffen 12 850
Gehpelze, Sportpelze 79 500

Verkaufen Sie kleine Brillanten
besonders große Objekte, ohne unsere — unüberbietbaren — sehr hohen Auslands-Ankaufpreise zu hören. Wir kaufen und suchen dringend große Steine, Perlen, Perlschnüre, Smaragde, eold, Uhren, Ketten, Ringe, Platin, Gold- und Silbergegenstände. Brillant b. 1^{1/2} Mill. M. pro Kar. Gold. Uhr. b. 200 000 M. u. höher. Sofortige Barauszahlung ohne Luxussteuerabzug! Kostenlose reelle Taxen gern und bereitwillig. Verlust erleiden Sie stets, wenn Sie nicht zu uns kommen.
Berliner Juwelen-Verwertungs-Haus
Potsdamer Str. 118,
direkt an der Lützowstraße
9-7 Uhr. Lützow 2760.
Filiale Lützowstr. 92.

Zahngelbisse
Gold-, Silber-, Platin-Prismen-Feldstecher ohne
„Wenn u. Aber“
die reellsten Börsenpreise zahlt
Mariannen-Straße 7a.

Nur III Treppen
Zahngelbisse
(auch zerbrochen) zum höchsten Tageskurs.
Gold- und Silbersachen sowie Bruch.
Anerk. höchstzahl u. reell. Bei Ankauf wird Fahrg. verg.
Jsenthal, Dentist, Guelsonaustr. 4
kein Laden, nur III Treppen.

GOLD- SILBER- PLATIN- BRUCH
kauft
Neuköllner Edel-Metall-Börse (Embö) G. m. b. H.
Neuköllner Platz 15 Berlin Straße 82
Tel. 4393 Tel. 1989
Fahrgeld wird vergütet
50 Mark Prämie bei Vorlegung der Annonce

Bettwädicke
zu Fabrikpreisen!
Darmfremd, handtuch, Tisch, Schürz, Waschnähen!
Eckbrecht, Neukölln, Bergstr. 67

Metall
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Maßkorsetts
und Reparaturen
Fr. L. Bangartz
Neukölln, Bergstr. 31
Part. 1. Etage

Gold Silber-Platin
Gegenstände, Bruch
Zahngelbisse
kaufen zu unüberbietbaren Preisen
Gebrüder Fahrman
Nollendorfstr. 39.

Strumpfwaren
kauft man jetzt nach sehr preiswert und billig im
Strumpfhäus „Werba“
Ecke Kottbuser Damm 72, Ecke Lützowstr.

Gold, Silber, Platin-Bruch Zahngelbisse
kaufen zu unüberbietbaren Preisen da Selbstverwertung
I. Skalitzer Str. 31 Lad
II. Potsdamer Str. 101/2
erste Etage, kein Laden.

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneiderstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 85. Tel. 1909
Lieferung für höchste Staatsbeamten
Viele Anerkennungen u. Dankschreiben

Werb-u. Romm mübel
Fabrik. stets hervorragend. Gr. Auswahl. Billige Preise.
Edmund Vogl, Die-Nuß-Str.
Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz - Tel. Neukölln 2264
Reparatur sämtlich. Korbmöbel

Mantelstoffe
Burrine Cheviot, so wert Anzugware, sehr preisw. Trikots für Damen Herren u. Kinder. Neuheiten in Damen-Putzen
Ella Dehmel, Neukölln,
Vicomtestr. 9, Nähe Richardplatz,
Telephon: Amt Neukölln 464.